

Dokumentation

HANSJAKOB STEHLE

ZUFÄLLE AUF DEM WEG ZUR NEUEN OSTPOLITIK

Aufzeichnungen über ein geheimes Treffen Egon Bahrs mit einem polnischen Diplomaten 1968

Wenn die politische Verständigung durch Vergangenheits- und Gegenwartslasten so blockiert ist wie im deutsch-polnischen Verhältnis zwischen 1945 und 1970, dann kann sogar ein improvisierter, scheinbar zufälliger Kontakt zur Initialzündung für einen Durchbruch werden. Ein solches Signal ist von der Begebenheit, die im ersten der drei hier publizierten Dokumente geschildert wird, ausgegangen. Seine Brisanz, die sich auch im zweiten Dokument spiegelt, ergibt sich jedoch erst aus der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte. Diese kann in diesem Fall nur geschildert werden, indem sich der Historiker zugleich selbst als Zeitzeuge verbürgt.

Es war am Abend des 7. Dezember 1970 bei einem Empfang, den die polnische Regierung im Schloß Wilanów gab, um den Abschluß des Warschauer „Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer Beziehungen“ zu feiern. Während Bundeskanzler Willy Brandt und Władysław Gomułka, der Parteichef der polnischen Kommunisten, miteinander plauderten, näherten sich – Arm in Arm – Egon Bahr, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, und Zenon Kliszko, Politbüromitglied und engster Mitarbeiter Gomułkas, einer Gruppe deutscher Pressevertreter. Kliszko zeigte auf den WDR- und „Zeit“-Korrespondenten und sagte zu Bahr: „Wenn dieser Stehle mich damals in Bologna nicht auf Ihr Gespräch in Wien aufmerksam gemacht hätte – wer weiß, ob wir schon hier in Warschau zusammensaßen!“¹

Die rätselhaft klingende Bemerkung bezog sich auf ein geheimes Treffen zwischen Bahr und einem polnischen Diplomaten, das fast drei Jahre vorher, am 9. Januar 1968, in der österreichischen Hauptstadt stattgefunden hatte, doch zunächst folgenlos geblieben war. Die „neue Ostpolitik“, die Ende 1966 von der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD mit dem Stichwort „Gewaltverzicht“ und „Verständnis für Polens Wunsch, in gesicherten

¹ Zenon Kliszko (1908–1989), Altkommunist, 1948 wegen „rechtsnationalistischer Abweichung“ verhaftet, 1956–1970 Mitglied des Sekretariats und des Politbüros der kommunistischen Partei (PZPR). Ein Buch Kliszkos über den Warschauer Aufstand 1944 schenkte er im Januar 1970 dem Hrsg. mit der handschriftlichen Widmung: „... ich behalte im Gedächtnis unser Gespräch im Februar 1969 in Bologna.“ Die Bedeutung des Gesprächs betonte Kliszko später auch gegenüber dem SPD-Politiker Hans Jürgen Wischniewski (Brief Wischniewskis vom 20. 8. 1970 an den Hrsg.). Egon Bahr (geb. 1922), bis 1966 Senatssprecher in Westberlin, dann als Leiter des Planungsstabes, seit 1969 als Staatssekretär im Auswärtigen Amt tätig, seit 1984 Direktor des Instituts für Friedensforschung in Hamburg. Vgl. Dieter S. Lutz (Hrsg.), Das Undenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum 70. Geburtstag, Baden-Baden 1992.

Grenzen zu leben“, begonnen hatte, war in Warschau auf großes Mißtrauen gestoßen². Es gebe „nichts Neues“ und „keinerlei Zeichen aus Bonn“, sagte Zenon Kliszko, als ich ihn am 13. Februar 1969 in Bologna (wo er am Parteikongreß der italienischen Kommunisten teilnahm) nach den Gründen des fortdauernden Argwohns fragte. Auf den Wiener Geheimkontakt Bahrs angesprochen, tat Kliszko so, als ob er davon wisse, den Vorgang jedoch für belanglos halte. In Wirklichkeit wußte er nichts, so wenig wie Józef Czyrek, der Vizedirektor der Westeuropa-Abteilung im polnischen Außenministerium, den ich wenig später darauf aufmerksam machte. In der Aktenablage seines Ressorts fand sich schließlich ein vom 10. Januar 1968 datierter siebenseitiger „vertraulicher Vermerk“, der nun erst, mit vierzehn Monaten Verspätung, an die polnische Staats- und Parteiführung weitergeleitet wurde und ein Umdenken in Gang setzte. Es war der Bericht des Botschaftsrates Jerzy Raczkowski³, der am 9. Januar 1968 bei einem privaten Essen in der Wiener Hockegasse 88 – zufällig, wie er vorgab – Egon Bahr begegnet war (Dokument 1).

Bahr, der 1963 mit der umstrittenen Formel „Wandel durch Annäherung“ die Parole einer neuen Ostpolitik geprägt hatte, war seit November 1967 im Rang eines Botschafters z. B. V. der Chef des Planungsstabes im Bonner Auswärtigen Amt. Er kannte Raczkowski schon aus der Zeit, als dieser bei der „Polnischen Militärmission“ in Westberlin und er selbst beim Regierenden Bürgermeister Willy Brandt als Pressesprecher tätig gewesen war. Raczkowski, der auch in Wien sein persönliches Interesse an der deutschen Problematik bekundete, hatte mich im Herbst 1967 gebeten, Bahr wissen zu lassen, „daß einige nicht unwichtige Kreise in Polen fürchten, durch die allzu ablehnende und starre Haltung, die Gomulka gegenüber der neuen Ostpolitik der Bundesregierung einnimmt, werde sich Polen im wichtigsten Punkt seiner Außenpolitik isolieren“. So zitierte ich Raczkowski in einem Brief an Bahr. Ich teilte ihm mit, daß Raczkowski sich mit ihm treffen wolle: „R. hält es für möglich, daß sein Bericht über eine solche Begegnung bei maßgebenden Leuten in Warschau eine auflockernde Wirkung haben könnte.“

Bahr reiste zu dem Treffen in Wien mit Auftrag und Wissen Brandts und gab nur „zum Flankenschutz“ – wie er später sagte – als Reisezweck einen Besuch bei der Atomenergiebehörde (IAEA) vor. Er ahnte nicht, daß Raczkowski ganz „auf eigene Kappe“ handelte⁴, ja er war überzeugt, daß der polnische Diplomat „nicht ohne Auftrag“ mit ihm sprach. In Wirklichkeit aber hat Raczkowskis Chef in Wien, der polnische Botschafter Jerzy Roszak (der bis 1960 Polizeifunktionär im Innenministerium gewesen war), den Bericht seines eigenmächtigen Untergebenen nur sehr ungern nach Warschau weitergeleitet – und dies auch noch an den untauglichsten Adressaten, den Vize-Außenminister Marian Naszkowski, einen ehemaligen General, der als der Vertrauensmann Moskaus im polnischen Außenamt galt.

Raczkowski hatte darauf bestanden, den Bericht nicht als „tajne“ (geheim), sondern nur als „poufne“ (vertraulich) zu qualifizieren, damit er in relativ viele Hände gelan-

² Vgl. Hans-Adolf Jacobsen/Mieczyslaw Tomala (Hrsg.), Bonn – Warschau 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen, Bonn 1992; Friedbert Pflüger/Winfried Lipscher (Hrsg.), Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten deutsch-polnischer Nachbarschaft, Bonn 1993; Peter Bender, Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau zum Moskauer Vertrag, München 1986; Hansjakob Stehle, Nachbar im Osten, Frankfurt/Main 1971; ders., Nachbar Polen, Frankfurt/Main 1963.

³ Jerzy Raczkowski (geb. 1927), 1957–1962 als Diplomat in der „Polnischen Militärmission“ in Westberlin, 1965–1969 in der polnischen Botschaft in Wien.

⁴ Vgl. Tonbandaufzeichnung eines Gesprächs des Hrsg. mit Bahr in Bonn am 10. 8. 1990.

ge⁵. Da Roszak jedoch das Papier „zu eigenen Händen“ Naszkowski schickte, wurde es nicht einmal von dessen Sekretariat zur Kenntnis genommen und erhielt auch keinen Eingangsstempel. Immerhin aber reichte es Naszkowski doch an seinen Chef, Außenminister Adam Rapacki, weiter. Darauf läßt allerdings nur die Tatsache schließen, daß Naszkowski lakonisch und ohne Datum an den Rand schrieb: „Minister Rapacki gab es mir zurück“⁶.

Mit dem Namen Adam Rapackis (1909–1970) waren seit 1957 Vorschläge für den „Plan“ einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa verbunden. Bahr hatte bei seinem Wiener Gespräch ausdrücklich Interesse an Rapackis Ideen bekundet, die nicht immer mit Moskau abgestimmt waren. Nicht zufällig sprach Brandt zwei Tage nach Bahrs Rückkehr aus Wien, am 11. Januar 1968, vor dem Rhein-Club in Düsseldorf davon, daß es „zwischen den Vorschlägen des polnischen Außenministers und unseren eigenen Vorschlägen sachliche Berührungspunkte gibt“ und damit auch „Ansatzpunkte für ein sachliches Gespräch“. Brandt bezog sich dabei auf ein Interview Rapackis, das zwei Tage vor dem Gespräch zwischen Bahr und Raczkowski – am 7. Januar 1968 – im Parteiorgan „Trybuna Ludu“ publiziert worden war. Darin hatte sich jedoch Rapacki nicht nur für einen gesamteuropäischen Gewaltverzichts- und Atomsperrvertrag ausgesprochen, sondern zugleich die neue Ostpolitik der Großen Koalition äußerst skeptisch kommentiert: „Außer Worten und Formen“ habe sich in Bonn nichts geändert, vor allem nicht gegenüber der DDR und auch nicht hinsichtlich „des endgültigen Charakters der polnischen Westgrenze“.

Tatsächlich sind in Raczkowskis Bericht über Bahrs Darlegungen nur vier Zeilen der Grenzfrage gewidmet, in der – so Bahr – „gegenwärtig nichts zu machen“ sei. Hingegen wird in Bahrs siebenseitigem „streng geheimen“ Bericht, den er am 10. Januar 1968 für Brandt schrieb (Dokument 2), betont, daß „fast die Hälfte der Zeit“ des zweidreiviertelstündigen Gesprächs dem Oder-Neiße-Thema gewidmet war. Bahr zitiert einen Hinweis Raczkowskis auf den „logischen Widerspruch“ zwischen Gewaltverzicht und Grenzrevisions-Ansprüchen, jedoch nicht seine eigene Entgegnung (die auch Raczkowskis Bericht nicht wiedergibt): Warum verlange Polen von der Bundesrepublik die Anerkennung einer Grenze, die „nicht unsere gemeinsame ist“, von der DDR aber anerkannt ist, „während ihr doch den Bonner Alleinvertretungsanspruch ablehnt“⁷.

Der Grund dafür, daß Bahrs Signal aus Wien, diese offenherzige, von Raczkowski (laut Bahr) „korrekt berichtete“ Darlegung der Bonner Politik, zunächst ohne Echo blieb und daß auch Rapacki nicht reagierte, hing jedoch nicht mit der Grenzproblematik zusammen. In den gleichen Tagen, in denen Raczkowskis Bericht dem Minister vorgelegt wurde, räumte dieser nämlich seinen Schreibtisch im Warschauer Außenministerium. Herz- und gemütskrank, angewidert auch von einem demagogisch geführten Machtkampf im Partei- und Staatsapparat, resignierte Rapacki im Frühjahr 1968. Deshalb wartete Bahr vergebens auf Antwort. Als er sechs Wochen nach dem Treffen in Wien bei Raczkowski nachfragte, wurde er auf eine briefliche Antwort aus Warschau vertröstet, die jedoch nicht kam (Dokument 3). „Ich war wütend“, erinnert sich Raczkowski.

Dann verhärtete die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei (August 1968) die Lage im ganzen Ostblock und bremste auch alle Entspannungsbemühungen. So blieb auch

⁵ Vgl. Aufzeichnung eines Gesprächs des Hrsg. mit Raczkowski in Warschau am 15. 7. 1990.

⁶ Vgl. briefliche Mitteilung von Ryszard Batur, Archivdirektor im polnischen Außenministerium, vom 26. 7. 1990.

⁷ Vgl. Anm. 4.

ein polnisches Echo zunächst aus, als Brandt am 18. März 1968 auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg zum erstenmal eine „Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung“ in Aussicht stellte. Erst mehr als ein Jahr später, am 17. Mai 1969, griff Parteichef Gomulka „die Nürnberger Formel der SPD“ auf, nannte sie „einen Schritt nach vorn“ und erklärte sich verhandlungsbereit. Der Grund dafür war: Inzwischen hatte die polnische Partei- und Staatsführung – nach Zenon Kliszkos Bologna-Reise aufmerksam gemacht – von Bahrs Signal aus Wien endlich Kenntnis erhalten.

Kliszko beauftragte nun seinen ehemaligen Sekretär Ryszard Frelek, den Direktor des Warschauer Instituts für Internationale Fragen, „Alternativlösungen für die Politik gegenüber Bonn auszuarbeiten“⁸. Es kam zu Sondierungsgesprächen – am 21. Mai 1969 auch zwischen Bahr und dem polnischen Missionschef in Westberlin, Boleslaw Koperski. Sie konnten aber erst dann in Vertragsverhandlungen münden, als nach den Bundestagswahlen vom Herbst 1969 in Bonn ein „Machtwechsel“ zur SPD/FDP-Koalition vollzogen war. Auch dessen mögliche Bedeutung war bei dem Wiener Geheimtreffen signalisiert worden, indem Bahr auf die Grenzen hinwies, die der Ostpolitik der Großen Koalition durch den CDU/CSU-Partner gezogen waren. Zugleich hat er damit auch seine Absicht verwirklicht, „Klischee-Vorstellungen der polnischen Deutschlandpolitik zu korrigieren“.

Dokument 1⁹

Vermerk

Ende Dezember letzten Jahres wurde ich durch den Redakteur Hansjakob Stehle für den 9. Januar [1968] zum Mittagessen eingeladen. An dem Essen nahm auch – wie ich nach der Ankunft feststellte – Botschafter Egon Bahr vom Bonner Außenministerium teil, der mir noch aus der Zeit meiner Arbeit in Westberlin bekannt war. (Bahr war damals Journalist, später Pressechef und Berater des Bürgermeister Brandt).

Nach dem Essen entwickelte sich ein Gespräch, in dessen Verlauf Bahr erklärte, daß er nach Wien zu Gesprächen mit Direktor Eklund von der IAEA gekommen sei, aber die Gelegenheit benutzen wolle, um mir die Ansichten seines Chefs und seiner Regierung zu einigen Problemen der europäischen Politik und der Außenpolitik der deutschen Bundesrepublik [NRF] darzustellen. Ich sagte, daß ich – um jede Unklarheit zu vermeiden – unterstreiche, daß ich bei dem Essen ausschließlich als Privatperson und durch niemanden bevollmächtigt bin, Gespräche, auch nichtoffizielle, mit Vertretern der Regierung der NRF zu führen. Indem Bahr den privaten und vertraulichen Charakter des Gesprächs bestätigte, bat er mich, ihm zuhören zu wollen und – wenn ich es für angebracht hielte – meine Vorgesetzten zu informieren. Im Gespräch beschränkte ich mich darauf, einige Hilfsfragen zu stellen

⁸ Mitteilungen an den Hrsg. von Jozef Czyrek vom 15. 7. 1990 und Stanislaw Trepczynski (1960–1971 Chef des Sekretariats im ZK der PZPR) vom 14. 7. 1990.

⁹ Das Originaldokument in polnischer Sprache umfaßt sieben Schreibmaschinenseiten. Es hat keinen Briefkopf und trägt die Überschrift „NOTATKA“ (Vermerk) und „POUFNE!“ (Vertraulich). Das Original findet sich im Archiv des polnischen Außenministeriums; eine Kopie wurde dem Hrsg. von Außenminister Krzysztof Skubiszewski mit Schreiben vom 5. 7. 1990 (MSZ/BM 11-30-90) zur Veröffentlichung übergeben. Die Übersetzung stammt vom Hrsg.

sowie einige polemische oder kritische Bemerkungen zum Standpunkt der NRF-Regierung zu machen, wenn ich das für notwendig hielt.

Bahr begann mit der Feststellung, daß sich die gegenwärtige Bundesregierung von der früheren in der Außenpolitik in zwei grundsätzlichen Punkten unterscheidet:

1. Sie macht die europäische Entspannung nicht von der Regelung des deutschen Problems abhängig, im Gegenteil – sie betrachtet die Entspannung, die Stärkung der Sicherheit und die Entwicklung friedlicher Beziehungen als Hauptaufgabe der europäischen und ihrer Politik.
2. Sie behandelt die Vereinigung Deutschlands nicht als Ziel ihrer Politik, im Gegenteil – sie behandelt sie als historischen Prozeß von ferner Perspektive.

Diese beiden Voraussetzungen bilden eine der Grundbedingungen der bestehenden Regierungskoalition in der Bundesrepublik, wie sie seinerzeit von der SPD gestellt wurden. Aus diesen Voraussetzungen ergibt sich die Hauptlinie der europäischen und besonders der Ostpolitik der gegenwärtigen Regierung. Die CDU/CSU hat diese Voraussetzungen – wenn auch mit großen Widerständen – akzeptiert und ist gezwungen, sie gemeinsam zu realisieren, solange die Regierung der Großen Koalition besteht.

Kiesinger¹⁰ persönlich ist ein Anhänger des neuen Kurses, aber er unterliegt oft starkem Druck des reaktionären Flügels der eigenen Partei. Diese Pressionen machten sich besonders in der zweiten Hälfte der gegenwärtigen Regierungsperiode bemerkbar, als die CDU/CSU aus den Landtagswahlen gestärkt hervorging. Gegenüber den Versuchen, den Partner von den festgelegten Grundsätzen abzubringen, ist die SPD nicht wehrlos: In kritischen Situationen kann sie sich auf das Koalitionsabkommen berufen und mit dem Bruch der Koalition drohen. So war es zum Beispiel gegenüber Versuchen der CDU/CSU, nach dem zweiten Brief Stophs zur alten Politik zurückzukehren, und auch gegenüber Widerständen bei den Gesprächen mit Jugoslawien über die Normalisierung der Beziehungen¹¹.

Niemand weiß in diesem Augenblick wie die Lage nach den Wahlen 1969 sein wird, besonders ob sich die Große Koalition hält. Eben deshalb strebt die SPD-Führung mit Brandt und Wehner an der Spitze danach, Fakten zu schaffen, die unter den gegebenen Umständen, jetzt, solange sie in der Regierung sind, möglich sind, damit eine künftige Regierung – wie sie auch sei – sie nicht mehr umstürzen und sich nicht mehr auf alte Positionen zurückziehen kann. Entscheidend für die Schaffung dieser Fakten ist das Jahr 1968, denn im kommenden Jahr wird der Wahlkampf andere Themen auf später verschieben.

Die Grundvoraussetzung des Erfolgs dieser Bemühungen ist das Verständnis und das Entgegenkommen gegenüber diesen Initiativen der NRF-Regierung; objektiv liegen diese auf der Linie der europäischen Entspannung und sind durch die sozialistischen Länder überprüfbar. Unter diesem Gesichtspunkt betrachten sie [in Bonn] das Jahr 1967 als einen Durchbruch, da sie zum erstenmal auf ihre Gesprächsangebote von der UdSSR eine positive Antwort erhalten haben¹². Brandt bemühte sich von Anfang an um Anknüpfung des Dialogs mit der Sowjetunion. Anfangs mißlingen die Versuche – sie schreiben das in erster

¹⁰ Kurt Georg Kiesinger (1904–1988), 1966–1969 Bundeskanzler und Parteivorsitzender der CDU.

¹¹ Am 13. 6. 1967 hatte Kiesinger als erster Bundeskanzler einen Brief des DDR-Ministerpräsidenten Stoph beantwortet. Am 31. 1. 1968 – drei Wochen nach dem Bahr-Raczkowski-Gespräch – knüpfte die Kiesinger/Brandt-Regierung die 1956 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen mit Belgrad wieder an.

¹² Im Oktober 1967 hatte ein Noten- und Meinungs austausch zwischen Bonn und Moskau über ein Gewaltverzichtabkommen begonnen.

Linie dem Einfluß Warschaws und Ostberlins zu. Als sie das bekannte 14-Punkte-Programm Brandts vorschlugen, waren sie sicher, daß es die UdSSR nicht ohne Antwort lassen könne, besonders den 14. Punkt, der ein globales Gesprächsangebot enthielt. Mit Spannung erwarteten sie jedoch die Antwort, auch in der Befürchtung, daß die UdSSR nur einen der technischen Punkte (z. B. Handelsvertrag, wissenschaftlich-technischer Austausch) aufnehmen würde. Die Zustimmung der UdSSR zu Gesprächen über Gewaltverzicht ist für sie unerhört wertvoll, da es der Beweis für die richtige Lesart ihrer Absichten ist und das Angebot *politischer* Gespräche enthält, an denen ihnen vor allem liegt.

Sie verlieren nicht die Hoffnung, daß andere sozialistische Länder Gespräche über ihre und deren eigene Friedensinitiativen aufnehmen. Ein positives Echo ist erforderlich [eine Zeile unleserlich] und um die Position von Leuten und einflußreichen Kreisen, die diese Tendenz vertreten, zu untermauern. Umgekehrt wird eine Ablehnung des Dialogangebots, ein Leugnen der konstruktiven Absichten der gegenwärtigen NRF-Regierung, von reaktionären politischen Kreisen in der NRF ausgenutzt, vor allem vom konservativen Flügel der CDU/CSU, um den politischen Kurs Brandts zu erschweren und zu desavouieren.

In der deutschen Bundesrepublik (NRF) wächst eine junge und sehr junge Generation heran, die heute schon 50 Prozent der Gesellschaft bildet. Diese Generation verlangt immer stärker eine aktive Politik der NRF in allen Schlüsselproblemen Europas und der Welt. Sie fordert zum Beispiel eine Verurteilung der Aggression und der Barbarei der Amerikaner in Vietnam und akzeptiert keineswegs die Erklärung, daß die Deutschen in Anbetracht ihrer Vergangenheit dazu weder ein moralisches noch ein anderes Recht haben. Die SPD möchte nicht, daß diese Generation abgestoßen wird durch einen unversöhnlichen Standpunkt der sozialistischen Länder und durch fruchtlose Versuche, mit ihnen zu einer Zusammenarbeit zur allmählichen Entspannung der Lage in Europa zu kommen.

Sie empfinden den Standpunkt der DDR als bedauerlich¹³; sie erklären sich ihn vor allem mit inneren Verhältnissen und mit der Lage im Warschauer Pakt (z. B. bezüglich der Solidarität, der Interessenunterschiede auch in der Politik gegenüber der NRF). Sie verstehen das jedoch nicht. Sie meinen, daß es – wenn eine Situation entsteht, in der Teilschritte auf dem Weg zur Entspannung und Stabilisierung der Verhältnisse in Europa möglich sind – im Interesse aller Länder liegt, nichtoffizielle Gespräche, und sei es nur einleitende, aufzunehmen. Umso mehr als das keineswegs den Standpunkt der einzelnen Länder determiniert und schon gar nicht einen Waffenstillstand in Streitfragen bedeutet: Globale Lösungen sind in der modernen Welt in keiner politischen Frage möglich. Solche inoffiziellen Gespräche, die letztes abgebrochen sind, haben sie seinerzeit mit allen sozialistischen Ländern, einschließlich der DDR, geführt. Die einzige Ausnahme bildet Polen: Alle Versuche, Kontakt aufzunehmen, scheiterten (bei dieser Gelegenheit dementierte Bahr Aussprüche des „Spiegel“ zu diesem Thema). Scherzhaft bemerkte er, daß es ihm manchmal so vorkomme, als ob die Hauptschwierigkeit darauf bestehe, daß Polen stark und groß und die Bundesrepublik noch nicht klein genug sei.

Sorgfältig haben sie die letzten Aussagen Minister Rapackis studiert (die Rede in Kopenhagen, das Interview in „Realités“ und „Trybuna Ludu“). Sie finden, daß sich in den Fragen der europäischen Sicherheit, der Entspannung, ihre Ansichten mit den unsrigen in bedeu-

¹³ Am 10.2. 1967 hatten sich die Außenminister des Warschauer Paktes auf die sogenannte Ulbricht-Doktrin geeinigt, wonach kein Paktmitglied sein Verhältnis zur BRD normalisieren dürfte, bevor es zu einer Normalisierung zwischen DDR und BRD komme.

tendem Maße decken. Aufmerksam nahmen sie zum Beispiel die Aussage des Ministers auf bezüglich der Möglichkeiten, den Ost-West-Dialog auf der Ebene Atlantikpakt = Warschauer Pakt aufzunehmen. Sie meinen nämlich, daß man zu Entspannung und Frieden in Europa nicht kommen kann gegen die bestehenden militärisch-politischen Blöcke, daß man im Gegenteil Lösungen auf der Basis von friedlicher Aktivität und von „Entspannungs-Brücken“ zwischen den beiden Blöcken suchen sollte. Nur dieser Weg könne schrittweise zu einem Zeitpunkt hinführen, an dem man beide Militärblöcke liquidieren könnte. Die Tatsache, daß Minister Rapacki nicht a priori diese Meinungen ablehnt, daß er sie erwägt, erfüllt sie mit Optimismus bezüglich der Möglichkeiten von Gesprächen und dem Finden gemeinsamer Lösungen. Dasselbe betrifft Minister Rapackis Einschätzung des Umstandes, daß keine europäische Lösung möglich ist auf Kosten einer Verminderung oder Übergehung des Einflusses einer der beiden Großmächte. Die USA sind keine europäische Macht, aber bei ihrer globalen Politik, bei der Stellung, die sie in Europa einnehmen, muß jede Initiative und Lösung ihren Standpunkt berücksichtigen.

Grundlegende Bedeutung sollte für uns der Umstand haben, daß es das Hauptziel der Politik Brandts ist, Europa gemeinsam mit anderen Ländern aus einer Zone der Bedrohung durch bewaffnete Konflikte, aus einer Zone möglicher Konfrontationen der Großmächte und der beiden Militärblöcke, herauszuführen.

Sie sind bereit, mit uns einleitende Gespräche aufzunehmen, offizielle oder nicht-offizielle, wenn wir es wünschen – vertrauliche, in jedem Augenblick, an jedem Ort und über jedes Thema. Bahr wies von sich aus auf Paris, Genf, London oder Wien als praktische Orte hin (da dort internationale Zentren bestehen, die es erlauben, unnötiges Aufsehen zu vermeiden), aber sie sind bereit, auch jeden anderen Ort zu akzeptieren.

Aktuelle Aufgabe der Politik Bonns ist die Verwirklichung von Gewaltverzichts-Verträgen. Sie stellen sich das in der Form bilateraler Verträge vor, von denen jeder die spezifischen Beziehungen mit dem betreffenden Land berücksichtigt. In erster Linie möchten sie einen solchen Vertrag mit der UdSSR schließen, dann mit der DDR, der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und mit Jugoslawien (diese Reihenfolge entspricht der Rangordnung, in der sie im Allgemeinen ihre Ostpolitik festlegen und differenzieren).

Sie messen dem große Bedeutung zu als einem ersten konkreten Schritt in den Beziehungen zwischen der NRF und den sozialistischen Ländern auf dem Weg der Überwindung gegenseitigen Mißtrauens und zur Entspannung. Bahr ist sich darüber im klaren, daß das von unserem Gesichtspunkt aus nicht viel ist, aber es ist das unter den gegebenen Bedingungen Erreichbare, es gehört zum Katalog der Dinge, denen die CDU/CSU ihre Zustimmung geben muß, und es wird auch künftige Regierungen der NRF binden. Brandt seinerseits betrachtet diese Teillösung als genügend groß, daß sie eine dauerhafte, konstruktive Entspannungsveränderung sowohl in der europäischen Politik wie auf psychologischem Gebiet herbeiführen kann.

Die Achse des Vorgehens der Bonner Politik ist die Suche nach Lösungen auf dem Gebiet der Beziehungen mit der DDR. Einerseits behandelt sie die Vereinigung Deutschlands als langen historischen Prozeß, in dessen Verlauf auf deutschem Gebiet zwei voneinander getrennte deutsche Staaten existieren werden. Andererseits erkennen Brandt und seine Leute seit langem, daß die Beziehung zwischen NRF und DDR der Schlüssel zur europäischen Lage wie zur Ostpolitik ist. Als ihre Hauptaufgabe sehen sie daher die Suche nach einer Formel der Koexistenz an, des Zusammenlebens zweier deutscher Staaten. Eine Aufgabe, die umso schwieriger ist, als bei dem bestehenden Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik eine volle Anerkennung der DDR nicht möglich ist. Vielleicht könnte das in der Zukunft mög-

lich werden, aber gegenwärtig noch nicht. So kommen sie zur Formel einer Anerkennung der DDR als selbständigem, souveränem Staat, aber nicht als Völkerrechtssubjekt. Das bedeutet, daß sie die DDR nicht als „Ausland“ anerkennen wollen, sondern als zweiten, selbständigen deutschen Staat. Sie sehen offizielle Vertretungen zwischen den beiden deutschen Staaten als unerlässlich an, aber wollen nicht, daß das Gesandte oder Botschafter wie in normalen internationalen Beziehungen sind; gleichwohl möchten sie, daß die DDR Mitglied internationaler Organisationen und Institutionen wird (sie sind bereit, in diesem Sinne Einfluß auf ihre Verbündeten auszuüben).

Sie behandeln die ganze Frage pragmatisch. Bahr hat einmal angeordnet, zu untersuchen, woher eigentlich die Formel vom „Alleinvertretungsrecht“ [deutsch im Original] kam. Es stellte sich heraus, daß Carstens¹⁴ sie sich um die Jahreswende 1961/62 ausdachte, um die These von der Nichtanerkennung der DDR durch „etwas Positives“ zu ersetzen. Dann gaben die Juristen des Auswärtigen Amtes ihr beliebtes Wort „Recht“ [deutsch im Original] dazu, und der Pressesprecher benutzte es eifertig in der nächsten Pressekonferenz. So entstand diese Formulierung, die heute ein eigenes Leben führt und eines der größten Hindernisse auf dem Weg zu Beziehungen mit der DDR bildet.

Brandt und seine Leute gehen an die Aufgabe mit praktischen Prämissen heran: Sie sind entschlossen, alle gegenseitigen Präentionen auf Alleinvertretung usw. beiseitezulassen (auch die DDR hat ja ihre Ansprüche, wenn sie, wie bekannt, sich selbst für den einzigen demokratischen, fortschrittlichen und friedlichen deutschen Staat hält, der das Recht hat, die ganze deutsche Nation zu vertreten) und sich mit all den Elementen zu beschäftigen, von denen eine konkrete Anknüpfung der Beziehungen abhängt und die sie faktisch erschweren.

Sie schätzen, daß sie weit vorwärtskommen. Für die wichtigste Errungenschaft halten sie die Schaffung politischer und psychologischer Voraussetzungen in der Bundesrepublik zur Aufnahme von Gesprächen und zum Betreten des Weges der Normalisierung der Beziehungen.

In der Frage der Grenzen nahm Bahr einen steifen Standpunkt ein. Er stellte fest, daß in der NRF die Lage nicht reif ist zur Anerkennung der Grenzen, nicht wegen der öffentlichen Meinung, sondern wegen des gegenwärtig bestehenden Kräfteverhältnisses. Nach seiner Ansicht „ist da gegenwärtig nichts zu machen“.

In der Frage des Nichtverbreitungsvertrags sagte er, daß Brandt für den Vertrag ist. Für den wichtigsten Aspekt hält er, daß die Atomkräfte verpflichtet werden, Atomwaffen nicht weiterzugeben. Die Redaktion des Vertrags, die die Amerikaner vorlegten, war „unwahrscheinlich schlampig“ und meritorisch unannehmbar, denn faktisch machte sie die Entwicklung einer Atomenergie-Produktion durch Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, unmöglich. Das war ihr lebhaftes wirtschaftliches Interesse. Die friedliche Atomindustrie hat schon heute große wirtschaftliche Bedeutung, es besteht da schon heute eine scharfe Konkurrenz zwischen den entwickelten Ländern des Westens. Beispiel: Spanien wollte bei ihnen einen Reaktor kaufen. Die Amerikaner sagten den Spaniern, daß sie ihn sich – wenn die unbedingt wollen – in der NRF kaufen können, aber daß sie dazu keinen Brennstoff erhalten, denn nach dem Nichtverbreitungsvertrag werden den Brennstoff nur Atomkräfte liefern können¹⁵.

¹⁴ Karl Carstens (1914–1992), Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1960–1966, 1979–1984 Bundespräsident.

¹⁵ Der Atomwaffen-Sperrvertrag wurde am 1.7. 1968 von der USA, der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet.

Sie hatten viel Arbeit bei der Ausarbeitung einer eigenen Version des Vertrags, die alle befriedigen konnte, und unlängst übergaben sie diese den Amerikanern.

Zum Schluß bat Bahr, daß ich ihm ein Zeichen gebe, wenn ich irgendein Zeichen für ihn aus Warschau erhalten sollte.

Wien, den 10.1.1968 J.Raczkowski

Dokument 2¹⁶

Vermerk

Bonn, den 10. Januar 1968

2 Ausfertigungen

1. Ausfertigung

Betrifft: Gespräch mit dem Geschäftsträger der polnischen Botschaft in Wien, Jerzy Raczkowski, am 9.1.68.

Die Begegnung fand in der Wohnung des Ost-Europa-Korrespondenten der ZEIT, Dr. Hansjakob Stehle, statt. Nach einem Essen, an dem auch Frau Stehle teilnahm, dauerte das eigentliche Gespräch unter vier Augen zwei Stunden und 45 Minuten. R. ist mir aus der Zeit seiner Tätigkeit in der polnischen Militärmission in Berlin bekannt. Er hatte im Dezember 1966 um ein Gespräch gebeten. Auf die Antwort meiner Bereitschaft, falls er von seiner Regierung dazu autorisiert sei, ließ er übermitteln, daß dies zurzeit nicht gehe. Der Anstoß zu der jetzigen Begegnung kam von ihm.

I.

R. betonte, daß dieses Gespräch einen absolut privaten und vertraulichen Charakter habe. Er stellte die Frage, ob Bonn zu einem informativen Gespräch mit der polnischen Regierung bereit sei. Die zweite Frage laute, ob wir bereit seien, einen derartig informativ-offiziösen Kontakt absolut vertraulich zu halten. Dies sei eine Voraussetzung, die für die polnische Seite von aller größter Bedeutung sei. Man habe mit der Publizität um die Beitz-Besprechungen¹⁷ (R. selbst habe die gleiche Erfahrung bei einem Gespräch mit Baron Guttenberg¹⁸ gemacht) nur

¹⁶ Das Originaldokument umfaßt sieben Schreibmaschinenseiten, und es gab zwei Ausfertigungen. Jede Seite des Originals ist oben wie unten mit dem Stempel „Streng geheim“ versehen. Die 1. Ausfertigung des für Brandt bestimmten, von diesem und von Staatssekretär Klaus Schütz (oder Rolf Lahr) abgezeichneten Vermerkes findet sich in den sogenannten Bahr-Papieren, die im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn verwahrt werden; sie wurde dort von Herbert Niesen am 19.4.1994 gefunden und in Kopie mit Zustimmung Bahrs dem Hrsg. zur Veröffentlichung überlassen. Im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes hat sich das Dokument laut einer Mitteilung von Staatssekretär Sudhoff vom 9.8.1990 „nicht ermitteln“ lassen.

¹⁷ Vgl. Stehle, Nachbar Polen, S.321 ff.

¹⁸ Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (1921–1972), 1967–1969 Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

schlechte Erfahrungen. Warschau hätte keinerlei Lust, Schlagzeilen für die Presse zu liefern. Er werde über unser Gespräch Rapacki direkt im Laufe des 10. Januar berichten.

Ich habe beide Fragen bejaht und darauf hingewiesen, daß derartige Gespräche im Interesse der Vertraulichkeit in Wien, London, Paris oder Genf besser geführt werden könnten als in Bonn oder Warschau. R. erwiderte, daß davon Genf wohl nicht in Frage käme, weil seine Seite dort nicht gut genug vertreten sei. Im Laufe der Kontakte werde allerdings auch ein Gespräch mit Rapacki und/oder Gomulka direkt erforderlich sein.

R. schlug vor, daß er mich über die Reaktion Warschaus brieflich privat unterrichten und dabei auch einen Weg vorschlagen wird, der beide Seiten von der freundlichen Vermittlung Stehles künftig unabhängig macht.

II.

Im inhaltlichen Teil des Gesprächs habe ich unsere Ostpolitik erläutert und dabei insbesondere darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung bereit sei, Übereinkünfte auch mit der Regierung der DDR zu treffen; dabei müsse völlig klar sein, daß eine völkerrechtliche Anerkennung ausgeschlossen sei. Es gehe darum, das Nebeneinander der beiden deutschen Teile zu organisieren. Wirkliche Fortschritte hingen davon ab, ob die DDR zu einer konstruktiven Haltung bereit sei und beispielsweise den letzten Brief des Kanzlers positiv beantwortet.

Nach der Abhandlung des Themas Alleinvertretungsanspruch erklärte R., daß ihm insgesamt die Haltung der Bundesregierung in dieser Darstellung neu und interessant sei und, was die Haltung zur DDR anlangt, weiter gehe als er es erwartet habe. Im Gegensatz zu den Tschechen verzichte Polen darauf, auf die DDR zu schimpfen. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die DDR ein Faktor in Europa sei, dessen Existenz die Bundesrepublik anerkennen müsse, wobei die Frage der Legitimität im Grunde von untergeordneter Bedeutung sei.

R. bat um eine Erläuterung der Gewaltverzichtspolitik. Man wisse in Polen, daß es keine Lösung des Sicherheitssystems für Europa ohne oder gegen die Bundesrepublik gäbe. Nach meinen Erläuterungen, daß für uns der Gewaltverzicht mit der Sowjetunion an erster Stelle stehe, wir zu gegebener Zeit mit gleichem Inhalt, aber in einer unserer Auffassung entsprechenden Form, den Gewaltverzicht mit der DDR anstreben würden, an dritter Stelle die Tschechoslowakei sehen und erst dann Polen, erwiderte R., dies bedeute eine Unterschätzung Polens. Die Bundesregierung werte die polnischen Gesichtspunkte nicht genügend. Ich habe darauf erwidert, daß nach meinem Eindruck Polen im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern bisher keinen Willen zur Verbesserung der Beziehungen mit der Bundesrepublik erkennen lasse und daß man sich in Polen nicht wundern dürfe, wenn man uns die kalte Schulter zeige, daß die polnischen Argumente, die wir nur aus Propaganda-Elaboraten kennen, keine zu große Wirkung hätten. R. meinte, wir sollten Polen nicht an die letzte oder vorletzte Stelle rücken. Es würde politisch wie sachlich interessant sein, den Gewaltverzicht mit Polen zeitlich vor oder mindestens parallel mit der Tschechoslowakei zu behandeln.

Er erklärte zusammenfassend zu diesem Komplex, daß Polen der Idee eines Systems von Gewaltverzicht positiv gegenüberstehe, weil es darin einen wenigstens begrenzten Fortschritt erblicke, der geeignet wäre, darüber hinausgehende Schritte positiv zu beeinflussen.

Das Gespräch wendete sich dann dem Thema der Oder-Neiße-Linie zu, das fast die Hälfte der Zeit beanspruchte. Dabei stellte sich heraus, daß die polnische Seite die Bedeutung des Problems nach wie vor überdimensioniert sieht, darauf traumatisch, im letzten bis zur Unlogik fixiert ist, ohne im Falle einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie auch nur mit Sicherheit die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Aussicht zu stellen, obwohl dies nicht ganz undenkbar erscheint.

R. berichtete, daß westliche Staatsmänner ohne Ausnahme bei Begegnungen mit ihren polnischen Gesprächspartnern die neue Politik der Bundesregierung erläutern und dafür werben; aber es gäbe keinen einzigen, der die polnische Auffassung zur Oder-Neiße-Linie auch nur mit einem Wort in Zweifel ziehe. Wenn es richtig sei, daß man auch in der Bundesrepublik nicht mehr damit rechne, diese Gebiete durch einen Friedensvertrag zurückzuerhalten, und im wesentlichen aus innenpolitischen Rücksichten sich scheue, das auszusprechen, so sei dieses Argument nach der Bildung der Großen Koalition kaum noch glaubhaft. Wenn diese Regierung nicht stark genug sei, welche würde es dann sein? Wenn man von der Rücksicht auf die Bevölkerung spreche, so scheine die Bevölkerung weiter zu sein als die Politiker. Die Umfragen, die jetzt veröffentlicht werden, zeigen, daß die Regierung kein Übermaß an Mut brauche, um auszusprechen, was ohnehin jeder wisse. Wenn man es trotzdem nicht tue, so dränge sich förmlich der Verdacht auf, daß in Wahrheit Hintergedanken ausschlaggebend sind oder aber: wenn die Furcht zur Anerkennung der Realitäten berechtigt groß ist, dann sei auch das Mißtrauen der Polen gegenüber einer derartigen Tatsache berechtigt groß.

Die Bundesrepublik sei der einzige Staat in Europa, der Gebietsansprüche stelle. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie sei ein Test dafür, ob diese Gebietsansprüche aufgegeben würden. Es gebe einen logischen Widerspruch zwischen Gewaltverzicht, einem Sicherheitssystem und den Ansprüchen auf die Grenzen des Jahres 1937.

Ich habe R. erklärt, ich möchte ihm keine falschen Eindrücke oder Hoffnungen machen: Warschau müsse davon ausgehen, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie für die Bundesregierung nicht in Frage komme. Dies bleibe einem Friedensvertrag vorbehalten. Bis dahin könne man befriedigende Regelungen erzielen und praktische Fortschritte zwischen den beiden Staaten erreichen, zumal das Problem nicht die Anerkennung, sondern die Überwindung von Grenzen sei. Bei der polnischen Haltung ist sogar ein Sicherheitssystem denkbar, über das man sich verständigt, ohne sich über die Oder-Neiße-Linie verständigen zu können. Es sei ja auch ganz gut, daß man noch einen Streitpunkt behalte, aber diese theoretisch denkbare Situation zeige auch die begrenzte Bedeutung der Oder-Neiße-Linie.

Das Thema der Oder-Neiße-Linie brachte die einzige Phase, in der das Gespräch zeitweilig Schärfe bekam, obgleich es auch dabei sachlich blieb. Drei sehr unterschiedliche Argumente erwiesen sich dabei als verhältnismäßig wirksam:

- a) Wir erheben keine Ansprüche, sondern wir vertreten nur den völkerrechtlichen Stand der seit der bedingungslosen Kapitulation unregelmäßigten Grenzen des Reiches.
- b) Die polnische Haltung sei letztlich nur durch die Angst zu erklären, es könne sich doch etwas ändern.
- c) Es sei unlogisch und mit der polnischen Haltung zum schrittweisen Vorgehen in der europäischen Sicherheitsfrage nicht vereinbar, wenn man sich mit einer sachlichen Regelung nicht begnüge, sondern auf der Formalisierung bestünde. (Der Inhalt der Flasche ist wichtiger als das Etikett)

Es wird sehr schwer sein, die Polen von ihrem manischen „*ceterum censeo*“ abzubringen. Ein möglicher Weg könnte die Formel sein, daß Gewaltverzicht die Anerkennung der

Grenzen bis zum Friedensvertrag bedeute. Dies könnte nach den Worten R.'s eine Gesprächsbasis sein, wobei die Polen bestrebt sein würden, dies *expressis verbis* zu bekommen, aber mit einer inhaltsgleichen mündlichen Erklärung möglicherweise zufrieden wären.

R. erkundigte sich dann nach unseren Vorstellungen über ein Sicherheitssystem. Ich habe dazu ausgeführt, daß wir die Ideen Rapackis sehr aufmerksam verfolgen und eine erstaunliche Zahl ähnlicher Gedankengänge feststellen. R. war außerordentlich beeindruckt, als ich aus dem Wortlaut des TRIBUNA LUDU-Interviews zitierte, das er noch nicht hatte. (Im Provinzstädtchen Wien treffen die Zeitungen mit erstaunlicher Verspätung ein.) Interessant sei insbesondere, daß Rapacki als Zwischenstufe das Weiterbestehen der NATO und des Warschauer Pakts für möglich hält. Dies halte ich für realistisch. Ich sei mir aber nicht im Klaren darüber, ob Polen unsere Auffassung teile, daß es kein europäisches Sicherheitssystem ohne eine Beteiligung der Amerikaner geben könne. R. erwiderte, daß die polnischen Vorstellungen von der Sicherung eines Gleichgewichts ausgehen. Das bedeute, daß Polen kein Interesse daran habe, den Amerikanern auch nur das Gefühl zu geben, man wolle an seiner [sic] Macht oder seiner abgegrenzten Interessenssphäre „knabbern“.

R. erkundigte sich dann, ob unabhängig von dem aktuellen Problem des Gewaltverzichts, das er verstanden habe, Interesse bestünde, die darüber hinausgehenden Überlegungen vorher oder parallel zu erörtern, denn schließlich hätte die Bundesrepublik mit der DDR und Polen wohl das gleiche europäische Interesse, „herauszubleiben oder sich herauszuhalten“ aus Verwicklungen der Großen, jedenfalls kein Kriegsschauplatz zu werden. Ich habe erwidert, daß derartige Erörterungen interessant wäre[n], aber die Möglichkeit zu gegebener Zeit geprüft würde, sofern bis dahin ein deutsch-polnisches Gespräch in Gang gekommen sei.

R. monierte, daß ich immer nur von Rapacki spräche. Man müsse auch von Gomulka sprechen. Ich fragte, welche Unterschiede da bestünden. Er war etwas irritiert und meinte, es gäbe keine Unterschiede im Sinne von Differenzen. Es sei ein Unterschied etwa wie der zwischen Schröder und Adenauer. Ich fand, daß er damit das gefährliche Thema des Unterschieds zwischen Intelligenz und Klugheit angeschnitten habe. R. erwiderte, Rapacki sei intelligent und klug, aber Gomulka sei schlau, und es gäbe keine Sache von einiger Bedeutung im Zusammenhang mit Deutschland, die an Gomulka vorbeigeht.

R. erkundigte sich nach den Vorstellungen des Ministers über Truppenreduzierung auf deutschem Boden. Seine Ausführungen auf der NATO-Konferenz seien mit großem Interesse vermerkt worden. Ich habe dazu einige Erläuterungen gegeben.

III.

Die Betonung des privaten Charakters dieses Gesprächs dient nach meinem Eindruck der polnischen Sicherung für den Fall, daß die Tatsache einer derartigen Begegnung bekannt würde. Im übrigen hätte R. die eingangs erwähnten Fragen nicht ohne Auftrag stellen können. Er hatte sich offensichtlich auf das Gespräch gut vorbereitet.

Eine Erklärung für den an sich erstaunlichen polnischen Schritt könnte in der Einschätzung liegen, daß es mit dem Gewaltverzicht ernst wird und die Polen dabei nicht abgehängt werden oder an letzter Stelle rangieren wollen. Es wäre kein Widerspruch, sondern nur eine Ergänzung dazu, daß R. äußerte, man halte das Jahr 1968 für ein entscheidendes Jahr: was in diesem Jahr nicht zustande komme, werde 1969 nicht zustande kommen. Man wisse nicht, welches Ergebnis die Wahlen des Jahres 1969 haben würden; jedenfalls aber seien

Fortschritte mit einer reinen CDU-Regierung oder einer Regierung der Kleinen Koalition unter CDU-Führung undenkbar. Wenn man Fortschritte in Europa nicht lange vertagen wolle, müßten also wesentliche Entscheidungen in diesem Jahr fallen.

R. erklärte, er werde einen sehr positiven Bericht nach Warschau schicken und hoffe zuversichtlich, daß der vorgesehene offiziöse Kontakt zustande kommen werde. Er bat, dem Minister persönliche Grüße zu übermitteln, dem er in Berlin einmal vorgestellt worden sei.

Hiermit über

den Herrn Staatssekretär

dem Herrn Bundesminister

zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Dokument 3¹⁹

Vermerk

Bonn, 14. Februar 1968

2 Ausfertigungen

1. Ausfertigung

Betrifft: Gespräch mit dem Geschäftsträger der polnischen Botschaft in Wien, Jerzy Raczkowski, am 9. 1. 68

Bezug: Vermerk vom 10. Januar 1968, Streng geheim 002/68.

Der polnische Botschaftsrat Raczkowski rief mich gestern abend gegen 23,00 Uhr zu Hause an und teilte mir mit, daß er auf Grund des Berichts über unsere Unterhaltung in Wien am 9. Januar d.J. mir übermitteln solle:

Man halte in Warschau die Situation für noch nicht reif, in einen direkten vertraulichen Kontakt zu treten. Man sei aber bereit, im internationalen Rahmen einen Kontakt vorzubereiten. Wo, wann und durch wen das geschehen könne, werde in einem Brief enthalten sein, den er mir demnächst schreiben würde.

Hiermit

über den Herrn Staatssekretär

dem Herrn Bundesminister

vorgelegt.

¹⁹ Das Originaldokument umfaßt eine halbe Schreibmaschinenseite. Es trägt den Stempel „Streng geheim“. Es wurde von Bahr handschriftlich signiert und von Brandt und Schütz (?) am 14. 2. 1968 abgezeichnet. Das Original findet sich wie Dokument 2 in den Bahr-Papieren im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn.